

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Harald Petzold (Havelland), Sigrid Hupach, Jan Korte, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, Ulla Jelpke, Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Petra Pau, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Azize Tank, Frank Tempel, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Katrin Werner, Birgit Wöllert und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Zur Lage HIV-positiver Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes und der Länder**

Die medizinische Situation von Menschen mit HIV (Humanes Immundefizienz-Virus) hat sich in den letzten 15 Jahren massiv verbessert. HIV-Infizierte sind chronisch erkrankte Menschen mit einer behandelbaren Erkrankung, die zwar mit Einschränkungen leben, deren Situation, soweit sie die lebensnotwendigen Medikamente rechtzeitig und dauerhaft erhalten, nicht mehr als dramatisch zu bezeichnen ist. Das Absinken der Viruslast unter die Nachweisgrenze, zumeist nach wenigen Wochen, die mittlerweile sehr gute Verträglichkeit und schließlich die hohe Wirksamkeit der Medikamente mit der Folge einer annähernd normalen Lebenserwartung, die das Erreichen der Dienstaltersgrenze wahrscheinlich macht, macht es notwendig, von einem Wandel von HIV/Aids zu sprechen. Vielfach wird es auch als „neues Aids“ (Prof. Dr. Martin Dannecker) bezeichnet. Doch die alten Bilder, Vorurteile und Ängste sind weiterhin manifest.

Etwa zwei Drittel der etwa 80 000 HIV-Positiven gehen einem Beschäftigungsverhältnis nach, viele vollberuflich, einige im öffentlichen Dienst. Mehrfach nahmen die Kampagnen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Bezug auf das Thema HIV und Arbeit. Im Rahmen der Weltaidstagskampagnen traten HIV-Positive offen auf, sprachen über sich und warben für einen offenen Umgang mit HIV auch am Arbeitsplatz. Auch die Deutsche AIDS-Hilfe e. V. bearbeitet das Thema auf vielfältige Weise, gibt Materialien dazu heraus, verweist aber auch immer auf die vielfach noch bestehende Diskriminierung von Menschen mit HIV im Arbeitsleben. Fakt ist, dass es keine Berufsverbote für Menschen mit HIV gibt und sie in allen Jobs weiter arbeiten können. In der aktuellen Broschüre der Deutschen Aidshilfe e. V. (DAH) heißt es: „Die Erfahrungen und eine Studie aus England zeigen, dass Menschen mit HIV im Schnitt genauso leistungsfähig sind wie ihre Kolleginnen und Kollegen [...] Andererseits gibt es auch HIV-Positive, die gesundheitliche Einschränkungen erleben – wie Menschen mit anderen chronischen Erkrankungen auch. Was das für die Arbeitsfähigkeit bedeutet, muss im Einzelfall beurteilt werden“ (HIV und Arbeit, Infos für Arbeitgeber, DAH, Berlin, S. 9). Die Landesregierung NRW sieht für HIV-Positive keinerlei Gründe, die einer Einstellung oder gar Verbeamtung entgegenstünden (Ministerialblatt MBl. NRW, Ausgabe 2012, Nr. 30 vom 12. Dezember 2012, S. 711 bis 718).

Der öffentliche Dienst, insbesondere die Behörden des Bundes und der Länder, sollten eine Vorbildfunktion ausüben, um Diskriminierungen zu unterbinden

und wirkliche Inklusion vorleben. Um die Beantwortung von Fragen zu ermöglichen, bei denen eine Abfrage bei den zuständigen Länderbehörden notwendig ist, erklären sich die Fragesteller mit einer Fristverlängerung zur Beantwortung der Kleinen Anfrage einverstanden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwiefern ist es gesichert, dass der aktuelle Wissensstand zum Thema HIV und Arbeit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes vorhanden ist?
2. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass keine Diskriminierung von Menschen mit HIV im öffentlichen Dienst stattfindet, und dass es bei Fällen von Diskriminierung kompetente Ansprechpartner gibt?
3. Sind den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes Materialien zum aktuellen Wissensstand zugänglich?

Inwiefern haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst eine Fortbildung zu HIV und Arbeit besucht, bzw. ist dieses Thema Bestandteil in den Aus- oder Weiterbildungen (die Fragesteller bitten um eine Abfrage bei den Ländern)?

4. Falls es zu Fragen oder Problemen im Umgang mit Kolleginnen und Kollegen kommt, an wen können sich Menschen mit HIV oder ihre Kolleginnen und Kollegen wenden?

Gibt es an diesen Stellen geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema HIV (die Fragesteller bitten um eine Abfrage bei den Ländern)?

5. Inwiefern stellt die Bundesregierung sicher, dass Vorgesetzte in Bundesbehörden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit HIV adäquat unterstützen können und es nicht zu Fehleinschätzungen der Arbeitsfähigkeit kommt (z. B. einem Rat zur Verrentung bei symptomloser HIV-Infektion)?
6. Inwiefern ist nach Kenntnis der Bundesregierung sichergestellt, dass Amtsärzte über den aktuellen Wissensstand zu HIV informiert sind und wissen, dass HIV-Tests nicht Teil von arbeits- und betriebsmedizinischen Untersuchungen sind?
7. Inwiefern kann gewährleistet werden, dass Bundesbehörden gegenüber HIV-Positiven, z. B. in Fragen der Verbeamtung oder auch der bloßen Befragung nach dem Serostatus (bei einer Einstellungsuntersuchung), ähnlich handeln wie in Nordrhein-Westfalen, wo dies durch einen Ministerialerlass aus dem Jahr 2012 gewährleistet ist, und plant die Bundesregierung gegebenenfalls einen ähnlichen Erlass für Bundesbehörden?
8. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Probleme und Lebenslagen von HIV-positiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst?
9. Sieht die Bundesregierung die Bundesbehörden in einer Vorbildfunktion für die Integration HIV-positiver Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht sie aus dem sozialen Klima gegenüber den Betroffenen, so dass diese auch offen mit ihrer Infektion umgehen können (wir bitten um eine Abfrage bei den Ländern)?

Berlin, den 6. Februar 2015

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**